

Roland Schäfer

Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes

Bürgermeister der Stadt Bergkamen

Rede

anlässlich der Jahrestagung

des Landesverbandes der Volkshochschulen Schleswig-Holsteins

am 25. Mai 2002 in Kiel

„Die Volkshochschulen und ihre Kommunen“

Sehr geehrte Damen und Herren,

gerne bin ich der Einladung gefolgt, heute bei der Jahrestagung des Landesverbandes der Volkshochschulen Schleswig-Holsteins e.V. zu Ihnen zu sprechen.

Einleitung

„Die Volkshochschulen und ihre Kommunen“, schon der Titel meiner Rede mag bei dem einen oder anderen Kommunalvertreter Irritationen auslösen. Müsste es nicht richtiger heißen „Die Kommunen und ihre Volkshochschulen“?

Ich denke, meine verehrten Damen und Herren, beide Titel stellen lediglich zwei Seiten der gleichen Münze dar, bringen sie doch die gewachsene Verbindung der öffentlich organisierten Erwachsenenbildung mit dem kommunalen Engagement für die Volkshochschulen zum Ausdruck. Es erscheint mir deshalb angemessen, das Verhältnis zwischen Volkshochschulen und Kommunen aus beiden Perspektiven zu beleuchten.

Herausforderungen in Vergangenheit und Gegenwart

Die gemeinsame Geschichte der Volkshochschulen und der Kommunen erlebt im Jahre 2002 ihren hundertsten Jahrestag. Wer wollte bezweifeln, dass es eine Er-

folgsgeschichte ist? Damals wie heute rechtfertigt sich die Existenz der Volkshochschulen aus dem gesellschaftlichen Bedürfnis nach Institutionen, die eine mit den rasanten gesellschaftlichen und technischen Veränderungen Schritt haltende Selbstbildung über die Schul- und Berufsausbildungszeit hinaus ermöglichen. Damit sahen und sehen sich Volkshochschulen einer zweifachen Herausforderung gegenüber:

Zum Einen der Bestimmung und der Vermittlung von Wissen und Kompetenzen, die in Zukunft nicht nur über die Berufs- und Lebensgestaltungschancen des Einzelnen, sondern auch über den gesellschaftlichen Fortschritt an sich mitentscheiden.

Zum Anderen steht Erwachsenenbildung immer wieder vor der über das Inhaltliche hinausgehenden politischen Aufgabe, der soziale Ausgrenzung derjenigen entgegen zu wirken, die mit den ständig komplexer werdender Lebens- und Arbeitsbedingungen der Wissensgesellschaft nicht ohne Unterstützung mithalten können.

Beides sind Anliegen, die auch im Zentrum kommunaler Politik stehen müssen.

Ungenutzte Potenziale der Volkshochschulen

Zu wenig genutzt scheint mir die Möglichkeit, sich die Kompetenz der Volkshochschulen bei der Gestaltung bürgernaher Kommunalpolitik zu Nutze zu machen. Deshalb bedarf es meines Erachtens verstärkter Anstrengungen, alle auf kommunaler Ebene an Weiterbildung Beteiligten an der Definition der Ziele einer kommunalen Weiterbildungspolitik und deren Umsetzung zu beteiligen. Dies setzt natürlich auf beiden Seiten die Bereitschaft voraus, sich in einen fortdauernden und zielführenden Diskussions- und Abstimmungsprozess zu begeben, statt sich nur einmal jährlich anlässlich der Aufstellung des Haushaltes intensiv - und häufig genug kontrovers - miteinander zu beschäftigen. Im Übrigen wird allen an einem solchen Prozess Beteiligten schnell klar werden, dass eine isolierte und abgehobene Diskussion über kommunale Bildungspolitik nicht fruchtbar ist, da diese vielfältige Wechselwirkungen zu anderen kommunalen Politikfeldern, wie etwa der Beschäftigungspolitik, der Ausländerpolitik oder der Kulturpolitik aufweist.

Die Volkshochschule als lokales „Servicezentrum Weiterbildung“, verstanden als zentraler Ansprechpartner für alle Bildungsfragen im weitesten Sinne, dies könnte ein neues Leitbild sein.

Erwartungen im Verhältnis von Kommune und VHS

An die Kommune ist die Forderung zu richten, sich bewusst zu machen, dass die örtliche Volkshochschule nicht nur einen Kostenfaktor bildet, sondern eine Einrichtung darstellt, die das gemeindliche Leben aktiv bereichern und die kommunale Aufgabenerfüllung deutlich erleichtern und fördern kann: von der Begleitung der Stadtentwicklung und des Stadtmarketings, der Integration von Migrantengruppen über die Unterstützung im wirtschaftlichen Strukturwandel und der bedarfsgerechten, zielgerichteten Weiterbildung bis hin zur politischen Aufklärung und der Schulung im verantwortungsbewussten Umgang mit den neuen Medien.

An die Volkshochschulen ist umgekehrt die Forderung zu richten, die politisch Verantwortlichen in ihrer Kommune – vom Bürgermeister über die Stadtverordneten bis hin zu den leitenden Verwaltungsmitarbeitern – kontinuierlich für die Arbeit der VHS zu interessieren, immer wieder auf das hier schlummernde Potenzial aufmerksam zu machen und auch auf eine öffentlichkeits- und medienwirksame Einbindung kommunaler Repräsentanten in VHS-Aktivitäten zu achten.

Wichtige Funktionen der Volkshochschulen

Gestatten Sie mir, in diesem Zusammenhang einige der aus kommunaler Sicht aktuell wichtigsten Funktionen der Volkshochschulen hervorzuheben:

Unsere Volkshochschulen

- fördern die Chancengerechtigkeit und den Ausgleich entgangener Bildungschancen,

- schaffen interkulturelle Kompetenz und leisten einen wichtigen Beitrag zur Integrationspolitik,
- fördern das lebensbegleitende Lernen,
- vermitteln Medienkompetenz und
- leisten einen Beitrag zur politischen Bildung.

Alle diese Felder sind geeignet, Kompetenzen zu schaffen, die in zukünftigen gesellschaftlichen und beruflichen Zusammenhängen über Erfolg und Misserfolg der Lebensplanung des Einzelnen entscheiden werden.

Neue Problemstellungen

Dabei ist mir bewusst, dass sich das Volkshochschulwesen, angesichts geänderter gesellschaftlicher Rahmenbedingungen, neuen Problemstellungen ausgesetzt sieht. Ich denke vorrangig an das Spannungsfeld zwischen traditioneller und neuer Lernkultur in der Erwachsenenbildung sowie die häufig beschworene Unvereinbarkeit von Ökonomie und Erwachsenenbildung.

Die Organisation und Förderung des lebensbegleitenden Lernens stößt, angesichts der wachsenden Fülle und Vielschichtigkeit der Bildungsinhalte, zwangsläufig an Kapazitätsgrenzen des institutionalisierten Lernens. Es lässt sich eben nicht mehr alles in Kursform anbieten und vermitteln, was sinnvoll, richtungsweisend und nachgefragt ist.

Ich bin deshalb davon überzeugt, dass es zukünftig verstärkt erforderlich sein wird, die Individualisierung von Lernprozessen zu initiieren und zu begleiten und zwar sowohl für Einzelpersonen, als auch für anzuregende Bildungsnetzwerke. Nichts scheint hierfür geeigneter als die Nutzung der neuen Medien in Form von Lernsoftware und Nutzung des Internets, der sich die Volkshochschulen vielleicht noch nicht in erforderlichen Umfang zugewandt haben. Doch bitte, sehr verehrte Damen und Herren, begeben Sie sich einmal wachen Auges auf eine Reise durch das Internet.

Sie werden erkennen, dass sich längst eine neue selbstorganisierte Lern- und Informationskultur etabliert hat. In Zehntausenden von Newsgroups und Internetforen werden täglich Millionen von Informationen nachgefragt und verbreitet. Dort findet alltäglich ein gigantischer Wissenstransfer statt. Diese Entwicklung lässt sich nicht aufhalten - warum auch? – sie lässt sich aber vielleicht in begrenztem Rahmen steuern, bestimmt aber durch Aufbereitung und Kanalisierung von Informationsangeboten für die Erwachsenenbildung nutzbar machen. Warum sollte die Homepage der Volkshochschule der Zukunft nicht das Eingangsportal zu dem gewaltigen Wissens- und Informationsfundus sein, den das Internet bereithält, insbesondere dann, wenn das reguläre Kursangebot die Vermittlung von Medienkompetenz ohnehin umfasst?

Ich sehe im Übrigen keinen Widerspruch in einer Ausrichtung auf innovative Lernformen unter Nutzung neuer Medien und einer Weiterführung der klassischen, kursorientierten Volkshochschule. Im Gegenteil, diese wird ihre Berechtigung nicht nur behalten, sondern als ruhender Pol der Erwachsenenbildung in einer Highspeed-Wissensgesellschaft an Bedeutung gewinnen. Sie wird ein Ort des direkten Meinungsaustausches, der Orientierung und Besinnung bleiben, so hoffe ich jedenfalls.

Die Volkshochschulen im Weiterbildungswettbewerb

Ein anderes und wohl auch intensiveres Spannungsfeld besteht zwischen Ökonomie und Bildungsauftrag der Volkshochschulen. Die Volkshochschulen sehen sich mittlerweile in einen intensiver werdenden Wettbewerb mit anderen Anbietern im Weiterbildungsbereich gestellt. Ein Weiterbildungsmarkt ist entstanden.

Hierbei wird es in Zukunft noch stärker als bereits zur Zeit darauf ankommen, eine verträgliche Balance zu finden zwischen der Aufrechterhaltung der eigenständigen Bedeutung als kommunaler Bildungsträger einerseits und der Rücksichtnahme auf private Mitbewerber im Weiterbildungsbereich andererseits. Ein mit Steuergeldern unterstützter Verdrängungswettbewerb zu Lasten privater Anbieter darf es sicher nicht geben. Je vielfältiger der Weiterbildungsmarkt wird, desto größer wird aber

auch die Chance für die Volkshochschule als quasi neutrale Instanz die Rolle einer Koordinierungs- und Ausgleichsstelle zu übernehmen.

Und natürlich ist auch eine kontroverse Debatte darüber entbrannt, wie weit die Volkshochschulen ihr Bildungsangebot der Nachfragesituation auf dem Weiterbildungsmarkt anpassen sollen. Einerseits wird vor dem „allgegenwärtigen Fundamentalismus des Marktes“ gewarnt, der das bildungspolitische Denken und Planen hierzulande längst ergriffen habe und auch vor den Volkshochschulen nicht Halt mache. Andererseits wird die Notwendigkeit marktgängiger Angebote der Volkshochschulen betont und eine striktere Ausrichtung am Marktprinzip von Angebot und Nachfrage gefordert. Beide Thesen scheinen sich unvereinbar gegenüber zu stehen. Sie sind es aber nicht!

Das Leitbild eines dezentralen, marktgerechten Angebots sollte nicht verwechselt werden mit einer rigoros gewinnorientierten Fixierung allein auf das ökonomisch Nützliche. Ein solches Vorgehen würde das einzigartige Profil der Volkshochschulen in der Weiterbildungslandschaft zerstören und sie zu einem beliebigen Wettbewerber auf dem Weiterbildungsmarkt degradieren.

Vielmehr geht es meines Erachtens darum, sich auf einem Wettbewerbsmarkt auch verstärkt der Instrumente des Marketings zu bedienen, die Transparenz der Weiterbildungsangebote zu verbessern, den Bekanntheitsgrad und das gute Image der Volkshochschulen durch offensive Öffentlichkeitsarbeit noch zu steigern.

Parallel dazu darf eine Ausrichtung des Kursangebotes an der Nachfrage nicht vernachlässigt werden. Schließlich sind es die Kursteilnehmerinnen und -teilnehmer, die einen wesentlichen Teil der VHS- Finanzierung bestreiten. Was sollte da an Kundenorientierung verkehrt sein?

Weiterhin scheint mir die gezielte Übernahme von Weiterbildungsaufgaben, etwa für ortsansässige Unternehmen, zukunftsweisend. Eine fruchtbare Kooperation zwischen Volkshochschulen und Wirtschaft ist sicher ein Weg, sich in einem Wettbewerbsmarkt zu behaupten. Als weitere nahe liegende Kooperationspartner kommen andere örtliche Kultureinrichtungen, Vereine, Umweltinitiativen und Schulen in Frage.

Qualität und Finanzierung

Einen dauerhaften Spitzenplatz im Weiterbildungsmarkt werden die Volkshochschulen aber bundesweit nur behaupten, wenn die ohne Zweifel bestehende hohe Qualität der Bildungsangebote gehalten und ausgebaut werden kann. Dies setzt, neben den entsprechenden räumlichen und technischen Rahmenbedingungen, vor allem voraus, dass das gegenwärtige hohe Maß an Professionalität bei den Mitarbeitern und Kursleitern - und hier spreche ich ausdrücklich auch die Ehrenamtlichen an! - erhalten bleibt und mit den wachsenden Anforderungen Schritt hält. Und dafür, meine verehrten Damen und Herren, muss eine auskömmliche Finanzierung der öffentlich organisierten Erwachsenenbildung sicher gestellt sein.

Diese Finanzierung kann nicht allein aus den Kurseinnahmen und den Haushalten der Kommunen dargestellt werden. Die Höhe der Trägerzuschüsse und Teilnahmegebühren hat allorts ihr Limit erreicht und kann nicht mehr gesteigert werden. Vielmehr bedürfen die Volkshochschulen einer verlässlichen und ausreichenden Mitfinanzierung durch die Länder, wenn sie ihre Aufgaben auch weiterhin flächendeckend, dauerhaft und in der gewohnt hohen Quantität und Qualität wahrnehmen sollen.

Die Rolle der Bundesländer

Die Länder müssen erkennen, dass eine Reduzierung, sogar schon das Einfrieren ihres finanziellen Engagements für die Volkshochschulen zwangsläufig zu einem Zusammenbruch der funktionierenden Weiterbildungsstrukturen führen wird.

Die Landesregierungen sollten auch bedenken

- welch wertvollen Beitrag Volkshochschulen für die Stabilität einer demokratischen und sozialen Traditionen verpflichteten Gesellschaft bundesweit leisten,
- ob es tatsächlich hinnehmbar wäre, wenn Bürgerinnen und Bürger zukünftig keine ausreichende Möglichkeit mehr hätten, Schul- und Bildungsabschlüsse

nachzuholen und an einem breit gefächerten und innovativen Weiterbildungsangebot zu partizipieren und zwar ohne finanzielle Zugangsschranken, sowie letztlich,

- welche langfristigen Auswirkungen ein Wegbrechen der vierten Säule unseres Bildungssystems auf das Sozialgefüge und den inneren Frieden in unserem Lande hätte.

Es liegt doch auf der Hand, dass eine rechtzeitige und angemessene Mitfinanzierung des Volkshochschulwesens den Ländern wesentlich weniger finanzielle Lasten bereiten wird, als das Auffangen der Folgen seines Niedergangs.

Sondersituation Schleswig-Holstein

Meine Damen und Herren, ich habe mir sagen lassen, dass bei den Volkshochschulen hier im Bundesland Schleswig-Holstein in mehrfacher Hinsicht eine besondere Situation besteht.

Mit über 160 Volkshochschulen weist Schleswig-Holstein die wohl höchste Einrichtungsdichte in der Bundesrepublik auf. Dabei stehen 75 % der VHS unter rein ehrenamtlicher Leitung, während im Bundesdurchschnitt dieses Verhältnis genau umgekehrt ist. Ein Landes-Weiterbildungsgesetz existiert nicht. Zugleich ist der Finanzzuschuss des Landes zur Unterstützung der Volkshochschularbeit bundesweit im unteren Bereich.

Vor diesem Hintergrund darf ich sowohl den Vertretern der Volkshochschulen als auch den Vertretern der Kommunen meine Hochachtung und meinen Respekt vor der finanziellen Anstrengung der Städte und Gemeinden und der überzeugenden Bildungstätigkeit der Volkshochschulen aussprechen und zugleich den erforderlichen Mut und die notwendige Kraft zur Fortsetzung der erfolgreichen Arbeit wünschen.

Schlussbemerkung

Als Präsident der Deutschen Städte- und Gemeindebundes sage ich an dieser Stelle ganz deutlich: Die Gemeinden und Städte Deutschlands wissen den nicht wegzu-denkenden gesellschaftlichen Beitrag der Volkshochschulen zu würdigen. Sie be-kennen sich daher eindeutig zu einem öffentlich verankerten und kommunal organi-sierten Weiterbildungswesen, dessen zentrale Institution die Volkshochschule ist.

Meine Damen und Herren, ich danke für Ihre Geduld beim Zuhören.

Glück Auf!

Roland Schäfer

www.dstgb.de

www.buergermeister-bergkamen.de